



Annette Widmann-Mauz
Mitglied des Deutschen Bundestages
Staatsministerin a.D.

Pressemitteilung

Widmann-Mauz MdB: DB Agenturen müssen erhalten und entschädigt werden – Widmann-Mauz wendet sich an Landesverkehrsminister Hermann

Berlin, den 7. Juni 2023
Anlage:

Annette Widmann-Mauz MdB
Platz der Republik 1
Telefon: +49 30 227 77217
Fax: +49 30 227 76749
annette.widmann-mauz@bundestag.de

Bürgerbüro
Am Stadtgraben 21
72070 Tübingen
Telefon: +49 7071-32314
Fax: +49 7071-33314
annette.widmann-mauz.wk@bundestag.de

Wahlkreisabgeordnete Tübingen-
Hechingen

Der nahezu ausschließliche Online-Verkauf des neuen Deutschlandtickets stellt selbstständige DB Agenturen auch in der Region vor enorme wirtschaftliche Herausforderungen. Für deren Unterstützung und einen Ausgleich ihrer Einnahmeeinbußen setzt sich die Wahlkreisabgeordnete für Tübingen-Hechingen, Annette Widmann-Mauz MdB, auch bei der Landesregierung ein:

„Durch die Ausgestaltung des 49-Euro-Tickets sind DB Agenturen, etwa auch in Mössingen und Hechingen, in ihrer Existenz bedroht. Ich habe dazu zahlreiche Zuschriften, sowohl von den Betreibern als auch von Gemeinderäten und Bürgermeistern erhalten und unterstütze ihr Anliegen voll und ganz. Denn gerade im ländlichen Raum sind die DB Agenturen ein unverzichtbarer Ansprechpartner für ÖPNV-Angebote und wichtiger Servicedienstleister, vor allem für ältere Menschen. Ob im Fern- oder im Nahverkehr muss deshalb gelten: Tickets müssen weiterhin analog verkauft werden können – und dafür braucht es die DB Agenturen.“

Auch aus diesem Grund habe die Unionsfraktion im Deutschen Bundestag gegen die Einführung des 49-Euro-Tickets in der von den Ampel-Fraktionen vorgeschlagenen Version gestimmt: „Als Union haben wir einen eigenen Entschließungsantrag eingebracht, in dem wir die Möglichkeit eines 49-Euro-Tickets in Papierform gefordert haben. Dieser Vorschlag wurde von den Ampel-Fraktionen jedoch abgelehnt“, kritisiert die Abgeordnete. „Bund und Länder haben sich grundsätzlich darauf verständigt, die durch das 49-Euro-Ticket entstehenden nicht gedeckten Einnahmen durch gemeinsam bereitgestellte Mittel auszugleichen. Damit besteht, auch gemäß Bundesratsbeschluss vom 31. März 2023, die Möglichkeit, die Einnahmeeinbußen der DB Agenturen auszugleichen. Die Landesregierung steht jetzt in der Pflicht, die den Agenturbetreibern entstehenden Provisionsrückgänge zeitnah und in voller Höhe auszugleichen. Mit diesem Anliegen habe ich mich auch an Landesverkehrsminister



Winfried Hermann gewandt. Dabei geht es auch um die Frage, wie die DB Agenturen über das Jahr 2023 hinaus unterstützt werden sollen.“

Auch wenn die Digitalisierung im Ticketverkauf weiter voranschreite, komme es darauf an, kompromissfähige Lösungen zu präsentieren. „Bei so bedeutenden Projekten wie dem 49-Euro-Ticket erwarte ich von der Bundesregierung, dass sie Konzepte vorlegt, die allen Beteiligten Perspektiven eröffnet und nicht nur Ballungsräume in den Blick nimmt, sondern auch die Belange des ländlichen Raums mitberücksichtigt.“